

N i e d e r s c h r i f t

**der 17. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Innenausschusses am 05.11.2003**

öffentlich

Ort: SAE-Raum, 5. Etage, 06124 Halle (Saale),
An der Feuerwache 5

Zeit: 16:30 Uhr bis 19:30 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Thomas Godenrath	CDU	
Herr Dr. Holger Heinrich	CDU	bis 18:30 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	
Frau Marion Krischok	PDS	
Frau Marlies Schaffer	PDS	bis 18:35 Uhr
Frau Hanna Haupt	SPD	bis 19:10 Uhr
Herr Bernd Stemme	UBF	bis 18:45 Uhr
Herr Lutz Sacher	SKE	
Herr Andre Scherer	SKE	
Frau Uta Balleyer		
Frau Gudrun Beitz		
Herr Eberhard Doege		
Herr Frank Helmenstein		

Entschuldigt fehlen:

Herr Peter Jeschke	HAL	vertreten durch Herrn Maluch
Herr Andreas Strauch	SPD	
Herr Uwe Bendrig	SKE	
Herr Ulrich Braun	SKE	
Herr Andreas Nowotny	SKE	
Herr Bernd Voigtländer	SKE	
Frau Petra Meißner	FDP	

Gäste:

Herr Wätzel	
Herr Hans	zu TOP 4
Herr Podolski	zu TOP 4
Herr Braunisch	zu TOP 5.1
Herr Heinz	zu TOP 6
Herr Gerstenberger	zu TOP 6

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Begehung des Objektes der Hauptwache der Feuerwehr
5. Vorlagen
- 5.1. Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Halle (Saale) (Straßenreinigungssatzung) vom 17.12.2003
Vorlage: III/2003/03685
6. Mündliche Information zur Abschaltung der Straßenbeleuchtung in der Stadt Halle (Saale)
7. Anfragen von Stadträten
8. Beantwortung von Anfragen
9. Anregungen
10. Mitteilungen
- 10.1. III. Quartalsbericht zur Haushaltskonsolidierung

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Die 17. öffentliche Sitzung des Innenausschusses wurde eröffnet und geleitet vom stellvertretenden Vorsitzenden des Innenausschusses, **Herrn Misch**. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Protokoll:

Herr Doege bat als Punkt 10.2 die Auswertung des Laternenfest 2003 aufzunehmen. Sodann bestätigten die Mitglieder des Innenausschusses ohne förmliche Abstimmung folgende Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift
- 4 Begehung des Objektes der Hauptwache der Feuerwehr
- 5 Vorlagen
- 5.1 Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: III/2003/03685
- 6 Mündliche Information zur Abschaltung der Straßenbeleuchtung in der Stadt Halle (Saale)
- 7 Anfragen von Stadträten
- 8 Beantwortung von Anfragen
- 9 Anregungen
- 10 Mitteilungen
- 10.1 III. Quartalsbericht zur Haushaltskonsolidierung
- 10.2 Auswertung des Laternenfestes 2003

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Protokoll:

Herr Stemme war am 03.09.03 verhindert und gilt als entschuldigt.

Herr Dr. Heinrich äußerte, dass seine Aussagen auf den Seiten 8 und 9 nicht richtig wiedergegeben worden seien. Er habe gesagt, dass er die Ansicht vertrete, dass die Stadtverwaltung ein Konzept habe und davon ausgehe, dass sich die Bürger unmoralisch verhalten würden.

Mit einer Stimmenthaltung wurde die Niederschrift genehmigt.

zu 4 Begehung des Objektes der Hauptwache der Feuerwehr

Protokoll:

Herr Doege verwies darauf, dass bisher die positiven Seiten der Feuerwehr gesehen wurden, wie das ELZ und der Fuhrpark. Die Hauptwache der Feuerwehr sei seit 1994 eine Baustelle. Die Außensanierung wurde ab 1994/1995 durchgeführt. Bei der Innensanierung sei bisher so gut wie gar nichts passiert. Seit vielen Jahren werde der Haushalt für die Sanierung verschoben. Vor dem Hintergrund, dass der Innenausschuss sich im nächsten Monat mit dem Haushalt 2004 befasse, solle in der nachfolgenden Begehung auf den schlechten Zustand aufmerksam gemacht und die Ausschussmitglieder sensibilisiert werden. Der Haushaltsplanentwurf sehe für 2004 Mittel für die Planung und in den Jahren 2005/2006 Mittel für die Instandsetzung der Hauptwache vor. Die Arbeits- und Dienstaufenthaltsräume seien für die Bediensteten, die einen 24-Stunden-Dienst durchführen, schlecht.

Es erfolgte die Begehung.

Herr Misch appellierte, dass man sich bei der Haushaltsberatung an den Zustand der Feuerwache erinnern möge.

zu 5 Vorlagen

zu 5.1 **Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Halle (Saale) (Straßenreinigungssatzung) vom 17.12.2003 Vorlage: III/2003/03685**

Protokoll:

Frau Schaffer fragte, ob es möglich sei, die Straßenreinigung durchzuführen, wenn der Straßenverkehr gering ist.

Herr Braunisch antwortete, dass Kehrungen nachts nur durchgeführt werden können in unbelebten Stadtgebieten, wie Industriegebieten und Hauptverkehrsstraßen. Es gäbe in letzter Zeit keinen konkreten Anlass, die Reinigungszeit zu verändern. Die Kehrmaschinen seien den ganzen Tag im Einsatz, und es sei schwierig, einen Tourenplan zu gestalten. Halle habe über 70 Straßen mit Verkehrsregelungen für die Straßenreinigung. Im letzten halben Jahr habe es keine Beschwerden gegeben.

Herr Doege ergänzte, dass es sicherlich organisatorisch möglich sei, den Prozess zu entzerren. Das bedeute aber, dass die Stadtwirtschaft mehr Fahrzeuge und auch mehr Personal brauche. Zurzeit werde von 07:00 – 20.00 Uhr gereinigt.

Frau Krischok fragte, ob es möglich sei, einen Zusatz in die Vorlage bei den Reinigungsklassen II und III anzubringen, und zwar

- bei der Reinigungsklasse II – Der Abstand zweier aufeinander folgenden Reinigungen beträgt mindestens 70 Stunden.
- bei der Reinigungsklasse III – Der Abstand zweier aufeinander folgenden Reinigungen beträgt mindestens 46 Stunden.

Herr Braunisch machte darauf aufmerksam, dass bei Veränderungen der Einstufungen der Stadtrat beteiligt werden müsse. Die Woche habe sieben Tage, die Hauptverschmutzung passiere an fünf Tagen. Wenn der o. g. Abstand genommen werden würde, müssten die ganzen Tourenregelungen geändert werden.

Frau Krischok ist der Ansicht, dass Straßen, die nicht schmutzig sind, auch nicht gekehrt zu werden brauchen. Man müsse gezielt sehen, ob eine Umwidmung der Reinigungsklasse möglich sei.

Herr Braunisch verwies auf Straßen, die einen hohen Verschmutzungsgrad hätten und auf das Urteil des Verwaltungsgerichtes.

Frau Krischok bat um Überprüfung der Reinigungsklassen im Diesterwegviertel.

Herr Stemme plädiert dafür, dass die von Frau Krischok vorgeschlagene ergänzende Definition in die Vorlage eingearbeitet werde und verwies auf den Zwang der Sparsamkeit. Unter diesem Aspekt müsse man auch die Straßenreinigung sehen. Die Magistrale gehöre in die Stufe II. Er bat um Prüfung dahingehend, ob Straßen aus der Reinigung ganz herausgenommen oder anders eingestuft werden sollten.

Frau Schaffer machte darauf aufmerksam, dass die Heidestr. in Richtung Dölau nur zweimal gereinigt werde. Dieser Rhythmus sei im Herbst auch notwendig und verwies dabei auf mögliche Unfallquellen. Sie fragt an, ob der Rhythmus in den anderen Monaten reduziert werden könne.

Herr Braunisch entgegnete, dass ein Wechsel des Rhythmus an unterschiedlichen Jahreszeiten satzungsgemäß nicht geregelt sei.

Frau Haupt empfahl, den Vorschlag Frau Krischoks als Prüfauftrag an die Verwaltung zu geben.

Herr Misch unterbreitete den Vorschlag, dass derjenige, der glaubt, dass die eine oder andere Straße nicht richtig eingruppiert sei, dies der Verwaltung mit der Bitte um Prüfung mitzuteilen.

Herr Dr. Heinrich meinte, dass eine Diskussion nicht nötig sei, da eine Anpassung jährlich erfolge.

Herr Doege bestätigte, dass jährlich im Stadtrat eine Satzungsänderung vorgelegt werde. Der Vorschlag Frau Krischoks müsse fairer Weise mit der Stadtwirtschaft besprochen werden.

Frau Krischok ist der Ansicht, dass man flexibel sein und nicht ein Jahr warten müsse. Dies solle auch so mit der Stadtwirtschaft besprochen werden.

Herr Braunisch machte darauf aufmerksam, dass Vorschläge über Einstufungen von Straßen im Laufe des Jahres unterbreitet werden können. Es sei immer schwierig, etwas zu ändern, zumal die Kostenlage sich damit auch verändere.

Herr Maluch äußerte sich zufrieden über die Kehrung der Beesener Straße. Er verwies darauf, dass durch mehrere Wasserrohrbrüche es zu Verschlämmungen, insbesondere auf Fahrbahnen, und Verstopfungen der Kanäle käme. Er fragte, ob ein Ausgleichen der Gehwegsenkungen möglich wäre.

Frau Schaffer wollte wissen, wie viel Geld für den Winterdienst eingeplant sei.

Herr Doege verwies auf einen Vertrag mit der Stadtwirtschaft, wonach die gesamte Koordination des Winterdienstes bei diesem Betrieb liege. Es gäbe eine interne Betriebsanweisung, ab wann Winterdienst durchgeführt werde. Im FB 66 sei der Ansprechpartner Herr Dittrich. Wenn der Wintereinbruch über Nacht komme, sei es nicht möglich, zur gleichen Zeit überall zu sein.

Herr Misch wollte wissen, ob die Anwendung von Herbiziden gesetzlich verboten sei und verwies u. a. darauf, dass es auch unversiegelte Bereiche gäbe.

Frau Balleyer sagte eine Prüfung zu.

Herr Misch teilte mit, dass Einwohner von Reideburg für Straßen, an denen links und rechts wirtschaftliche Nutzfläche sei, 421,- DM Reinigungsgebühren zahlen müssten, aber nur 119,65 DM Pachterlös erhalten würden.

Herr Braunisch antwortete, dass die Reinigungsklassen in den letzten Jahren Schritt für Schritt angepasst wurden. Der angesprochene Fall sei überholt. Die Bürger würden weniger bezahlen. Wo dünne Besiedlung sei, wurden die Reinigungsklassen bereits heruntergestuft.

Es erfolgte zur Vorlage die Abstimmung mit nachfolgendem

Abstimmungsergebnis:

6 Stadträte	- Ja-Stimmen
2 Stadträte	- Stimmenthaltungen
2 sachkundige Einwohner	- Ja-Stimmen

zu 6 Mündliche Information zur Abschaltung der Straßenbeleuchtung in der Stadt Halle (Saale)

Protokoll:

Herr Heinz, amt. Fachbereichsleiter Tiefbau/Straßenverkehr, informierte, dass bislang von rund 23.000 Leuchten etwa 10.000 Leuchten abgeschaltet wurden. Bei einer Summe an Energiekosten von 1,7 Mio. € würde die Einsparung 480.000 € betragen.

Was die Umsetzung des Stadtratsbeschlusses betreffe, sei man flexibel gewesen. In Nietleben z. B. habe man zwei Varianten ausgewählt, so u. a. die Leuchtkraft von 100 % auf 25 % zu reduzieren. Hätte die Stadt das aufrechterhalten, wären drastische Proteste vorprogrammiert gewesen. Für die Umsetzung der Maßnahme seien fünf bei der EVH vertraglich gebundene Elektrikfirmen zusätzlich einbezogen worden. In Halle gäbe es ein vielfältiges Beleuchtungssystem. So sei z. B. die Silberhöhe erheblich schlechter bestückt als Heide-Nord. Es seien viele Sachverhalte zu beachten. Nach der DIN-Flächenregelung sei die vorhandene Beleuchtung der Stadt gerade noch im Bereich der DIN. Es gäbe aber auch Wohngebiete unterhalb der DIN. Ein wesentlicher Gesichtspunkt für die Abschaltung war der Sicherheitsaspekt. Daher gäbe es die modifizierte Weisung, nicht um jeden Preis eine 50 %ige Einsparung zu erreichen.

Bisher gingen bei der Stadt 1.300 Einsprüche ein. Dies hatte zur Folge, dass nach Vor-Ort-Prüfungen bisher 700 Zuschaltungen getätigt wurden. Den Beschwerden der Bürger wird in jedem Fall nachgegangen und berechtigten Forderungen wird entsprochen.

Die Fraktionen werden im Dezember eingeladen, mit Mitarbeitern abends durch die Straßen zu fahren, um anhand konkreter Situationen den Umfang und die Arbeit der Abschaltungen zu erörtern.

Herr Godenrath verwies auf die Aussagen des Hauptausschusses, wonach eine sture Abschaltung jeder zweiten Leuchte nicht gewollt sei.

Herrn Scherer sei aufgefallen, dass die Straßen des Paulusviertels vollständig beleuchtet seien.

Herr Gerstenberg vom FB Tiefbau/Straßenverkehr sprach das unterschiedliche System von Beleuchtungskörpern an. So gäbe es Wohngebiete, in denen die Leuchten mit mehreren Glühlampen und andere nur mit einer Glühlampe bestückt seien.

Frau Schaffer geht es bei dem Helligkeitsgrad um das Sicherheitsgefühl. Es gäbe einige Straßen, wo man überlegen sollte, ob die Beleuchtung verändert werden solle. Was passiere, wenn der Bürger nachweisen könne, dass er aufgrund der schlechten Beleuchtung gestürzt sei und sich verletzt habe.

Herr Heinz verwies auf den Kommunalen Schadensausgleich. In solchen Fällen müsste über den Fachbereich 30 der Schadensersatzanspruch an den KSA weitergeleitet werden.

Herr Sacher wollte wissen, ob die Rücknahme auf Polemik oder aufgrund der Begehungen zurückzuführen sei. In seinem Wohngebiet z. B. seien Lampen ausgeschaltet worden, die zu einem späteren Zeitpunkt wieder zugeschaltet wurden. Er hatte keine Einschränkung des Sicherheitsgefühls festgestellt.

Herr Heinz verwies darauf, dass eine Entscheidung zum Teil sehr schwierig sei. Die Magistrale z. B. sei durch viele Kreuzungen geprägt. Die Ein-Familien-Haus-Gebiete seien ausgesprochen „dünn“ beleuchtet. Er hoffe, bis Dezember d. J. eine flächendeckend ausgewogene Lösung zu haben.

Herr Stemme stimmt den Ausführungen Herrn Heinz zu, dass man in Halle von keiner üppig beleuchteten Stadt sprechen könne. Er sei der Auffassung, dass vor der Beschlussfassung nicht vernünftig nachgedacht worden sei. Das beweisen die bereits vorgenommenen 700 Zuschaltungen. Er bat um Auskunft darüber, ob es aufgrund der Abschaltungen zu Unfällen gekommen sei.

Herr Doege verwies auf die letzte Sitzung des Polizeibeirates, wonach gesagt wurde, dass der Zeitraum für derartige Aussagen zu kurz sei. Die Polizei könne bisher keine signifikante Erhöhung feststellen.

Frau Schaffer merkte an, dass es in erster Linie um den Schutz der Fußgänger gehe.

Frau Krischok habe festgestellt, dass es z. B. in Merseburg keine Kritiken gäbe, weil eine Hauptstraße zum Teil „stockdunkel“ sei. Man habe es dort geschafft, dass auf der Fußgängerseite alle Lampen an seien und die andere Seite nicht beleuchtet sei. Sie unterbreitete den Vorschlag, die Osttangente nicht zu beleuchten, da dort kein Fußgängerverkehr sei. Ihr fiel auf, dass als Begründung u. a. auf die schlechten Straßenverhältnisse verwiesen werde. Es müsse die Ursache bekämpft werden. Ferner fragte sie, wann eine Auswertung möglich sei. Zum anderen wollte Frau Krischok wissen, warum nachts die Lampen nicht ausgeschaltet werden können.

Auf die Fragen antwortete **Herr Doege** dahingehend, dass die Stadt nicht in völlige Dunkelheit verfallen könne.

Herr Dr. Heinrich und Frau Schaffer gingen um 18:30 bzw. 18:35 Uhr.

zu 7 **Anfragen von Stadträten**

Protokoll:

Herr Godenrath hat gelesen, dass in Dresden das Anwohnerparken zum Bewohnerparken verändert werden müsse.

Herr Helmenstein bestätigte dies und teilte mit, dass die Umsetzung eine Veränderung der Schilder zur Folge habe und dies eine Kostenfrage sei.

Frau Krischok stellte nachfolgende Anfragen:

- Erhält die Feuerwehr 2004 neue Fahrzeuge?

Herr Doege antwortete, dass für den Rettungsdienst neue Fahrzeuge beschafft werden sollen; zu möglichen Beschaffungen von Feuerwehrfahrzeugen erfolgt eine schriftliche Antwort.

- Stimmt es, dass bei der Wahl der Telefonnummer 112 die Anrufer erst in der Warteschleife landen und zum Teil längere Zeit warten müssten?

Herr Sacher sprach von einer Wartezeit zwischen vier und fünf Minuten.

Herr Doege sagte eine Prüfung und Antwort zu.

- Die Feuerwehr Nietleben hat seit Oktober letzten Jahres Heizungsprobleme. Werden diese behoben? Ferner benötigen die Kameraden ein Faxgerät. Welche Schulungsmöglichkeiten werden angeboten?
- Was ist mit dem Brandschutzbedarfsplan?

Herr Doege informierte über den Sachstand und teilte u. a. mit, dass das Gutachten der Fa. Mummert Consulting seit Ende Juli vorliege und ein Fachkonzept erarbeitet und mit der Oberbürgermeisterin besprochen worden sei. Da die Stellungnahme des Konsolidierungsbeauftragten, Herrn Mutter, noch ausstehe, konnte das Konzept noch nicht in die Beigeordnetenkonferenz eingebracht werden.

- Im Juli 2004 finden in Halle Wettkämpfe der Feuerwehren statt. Wird sich die Stadt mit einem Betrag beteiligen?

Herr Doege teilte mit, dass am ersten Ferienwochenende die Deutschen Meisterschaften im Feuerwehrsport stattfinden. Ausrichter sei der Landesfeuerwehrverband S.-A. Die Stadt selbst unterstütze in Gestalt ihrer Mitarbeit der Feuerwehr, der Freiwilligen Feuerwehren, Zurverfügungstellung des Robert-Koch-Stadions, Unterbringung der Teilnehmer in Schulen. Finanzielle Unterstützung könne nicht geleistet werden. Es werde versucht, über Sponsoren Mittel zu bekommen.

Herr Stemme ging um 18:45 Uhr.

zu 8 Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Es gab keine Nachfragen.

zu 9 Anregungen

Protokoll:

Herr Scherer wünscht, dass im Amtsblatt ein Hinweis zum Thema Streusalz erscheint. Ferner bat er um Kontrollen im Bereich des Händelkarrees, speziell Kleine Ulrichstr./Große Nikolaistr., in den Nachmittags- und Abendstunden. Wiederholt werde dort verkehrswidrig geparkt.

Frau Balleyer teilte mit, dass der Umweltkalender für ein Euro erworben werden könne. Sie bat die Anwesenden, über die Fraktionen den Bedarf beim FB 31 anzumelden.

Herr Doege informierte, dass die nächste Sitzung des Innenausschusses am 03.12.03 stattfinde und somit die Sitzung des Polizeibeirates ausfalle. Als einziges Sachthema werde der Haushaltsplanentwurf 2004 der FB 32, 33 und 37 behandelt. Die Stadträte werden gebeten, den ihnen übergebenen Planentwurf für die Novemberstadtratssitzung mitzubringen. Die sachkundigen Einwohner erhalten einen Auszug.

zu 10 **Mitteilungen**

zu 10.1 **III. Quartalsbericht zur Haushaltskonsolidierung**

Protokoll:

Herr Wätzel, Co-Reformer, verwies auf das positive Ergebnis des GB III. Der Erfüllungsstand zum 03.09.03 betrage 94,7 %. Er machte auf Probleme aufmerksam, die durch das ZGM, insbesondere bei der Berechnung der Mieten, entstehen werden. Des Weiteren könne der Personaltransfer erst im Jahr 2004 wirksam werden. Die Fachkonzepte der FB 31, 32 und 33 seien durch die Beigeordnetenkonferenz bestätigt worden. Einige Organisationsuntersuchungen stünden noch aus. Das betreffe Zulassungsstelle, Führerscheinstelle und Ausländerbehörde.

Frau Krischok fragte nach dem Erfüllungsstand der Einnahmen im FB 32 und wollte wissen, ob das Ziel erreicht werde.

Herr Helmenstein erläuterte, dass per 31.10. bei der Überwachung des ruhenden Verkehrs 121.356 Ordnungswidrigkeiten zu verzeichnen waren (2001 waren es 98.000). Man rechne bis zum Jahresende mit ca. 145.000 Verkehrsordnungswidrigkeiten. Beim Regierungspräsidium wurde für die Beschaffung von sechs Fahrzeugen ein Fördermitelantrag gestellt. Eine Außendienststelle für die Politessen der Bereiche Mitte und Ost werde ab 01.02.04 zur Verfügung stehen. Das System der Bestreifung werde zurzeit neu organisiert.

Herr Doege verwies darauf, dass drei Fachkonzepte vorliegen würden. Der Personalbestand sei so angelegt, dass die Aufgaben mit der erforderlichen Qualität und in der bisher gewohnten Quantität abgesichert werden können. Wenn der flächendeckende Tarifvertrag zur Arbeitszeitverkürzung in Kraft treten werde, bestünde ein Fehl an Arbeitskräften in jedem Fachbereich. Zurzeit ist der Geschäftsbereich dabei, die Folgen zu erfassen und Gegenmaßnahmen zu erarbeiten. Mit Leistungsdefiziten müsse die Verwaltung intern und auch gegenüber den Bürgern rechnen. Es sei noch nicht deutlich absehbar, wie das Personaltransfer funktionieren soll.

Auf die Frage **Frau Krischoks** zum Brandschutzbedarfsplan antwortete **Herr Doege** dahingehend, dass der Brandschutzbedarfsplan die Festschreibung des Sicherheitsniveaus für die Bevölkerung festschreibe, der auch dem Stadtrat zur Zustimmung vorlegt werden wird. Das Fachkonzept sei Bestandteil des Brandschutzbedarfsplanes.

zu 10.2 Auswertung des Laternenfestes 2003

Protokoll:

Herr Helmenstein informierte, dass an den drei Veranstaltungstagen 1.045 Kräfte im Einsatz waren, die für Sicherheit und Ordnung sorgten. Insgesamt könne eingeschätzt werden, dass es wenig schwerwiegende Vorkommnisse gegeben habe. Es habe drei polizeilich erfasste Straftaten, 400 Verwarnungen und 24 Abschleppmaßnahmen gegeben. Am 03.04.03 habe der Vergabeausschuss dem Fest-event Halle den Zuschlag erteilt mit einer Verlängerungsoption bis 2005. Betrachtet werden müsse der kurze Vorbereitungszeitraum.

Amt 23.10.03 fand eine „Manöverkritik“ statt, in der Festlegungen zur weiteren Verbesserung des Niveaus des Laternenfestes getroffen wurden.

Wesentliche Kritikpunkte waren:

- Anzahl und Auswahl der Händlerstände am Riveufer waren zu groß, zu umfangreich und auch nicht immer dem Anlass angepasst.
- Die Stände haben den Blick zur Saale verstellt.
- Das Konzert des Philharmonischen Orchester am Amselgrund sollte noch stärker zur Geltung kommen.
- Das Abbrennen des Feuerwerkes sollte nur von einem Standort erfolgen.
- Der zeitliche Ablauf der Wasserveranstaltungen müsste zeitlich überprüft werden.
- Alle Boote müssen am Abend beleuchtet sein.
- Es wäre zu prüfen, ob alle Bootsführer zum Bootscorso über Moderation bekannt gegeben werden können.
- Zu viele Bühnen beschallten das Laternenfest. Rundfunksender müssen sich unbedingt an die Absprachen halten. Daher ist die Vorbereitung des nächsten Laternenfestes unter Einbeziehung der Rundfunksender vorzunehmen.
- Buttons sollten nicht wieder angeboten werden. Von den 7.500 hergestellten Buttons wurden nur 40 Stück verkauft. Die Stadt überlege, ob man zum Plakatwettbewerb noch einen Lampionwettbewerb durchführen sollte.

Für 2001 betrug der Zuschuss 155.055 €. 2003 sind es 59.200 €. Die Behelfsbrücke stellte die Bundeswehr kostenlos zur Verfügung (8.0000 €), die Beleuchtung Kröllwitzbrücke und Burg Giebichenstein erfolgte ebenfalls kostenlos (8.000 €). Die Firma Fest-event Halle erwirtschaftete 60.000 €, davon erhielt die Stadt 30.000 €. Für 2004 sei ein Zuschuss in Höhe von 63.200 € vorgesehen.

Die Ausgaben 2004 gliedern sich wie folgt:

FB 32 und 37	6.400 €
FB 40	10.300 €
FB 66	20.000 €
FB 13	16.000 €
Kulturbüro	40.500 €
Summe:	93.200 €

Frau Haupt ging um 19:05 Uhr.

Herr Misch wollte wissen, ob es Schwierigkeiten bei der Einhaltung der Auflagen gegeben habe.

Herr Doege antwortete, dass es Probleme mit der Beendigung der Veranstaltungen auf einigen Bühnen und beim Ausschank gegeben habe. Dies wurde besprochen und werde in Vorbereitung des nächsten Laternenfestes beachtet. Eventuell werde die Zeitschiene zwischen Bühnen und Ausschank verändert.

Frau Krischok bat um Überlegungen hinsichtlich des Zeitpunktes für das Feuerwerk. Da es in diesem Jahr später als vorgesehen stattfand, waren schon Besucher mit Kleinkindern gegangen. Die HAVAG habe sich strikt an den Zeitplan gehalten.

Für die Richtigkeit:

Datum: 26.02.13

Werner Misch
Stellv. Ausschussvorsitzender

Eberhard Doege
Beigeordneter

Gudrun Beitz
Protokollantin